V32 Gesamtstrategie für eine grüne Verwaltung Berlin – CO^2-Neutrale Verwaltung in Berlin stark machen!

Antragsteller*in:	Baptiste Aguila (KV Berlin-Mitte)
Tagesordnungspunkt:	TOP 8 Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Um das Ziel der CO_2-Neutralität in der Landesverwaltung von Berlin bis 2030 zu erreichen, braucht diese eine entsprechende Struktur und ein klares Zeitrahmen. Wir wollen eine ebenen- und ressortübergreifende Struktur schaffen, die sowohl Kontroll- als auch Zielsetzungsfunktion übernimmt. Die Gesamtstrategie für eine grüne Verwaltung Berlin bietet ein Rahmenkonzept an, das auf der Grundlage der bereits existierenden Strukturen die Verwaltung CO_2-Neutral macht, und die Rahmenbedingungen, die Prozesse sowie Zuständigkeiten dafür schafft.

Als Bündnis 90 / Die Grünen Berlin wollen wir:

- Eine Verwaltungsstruktur schaffen, die es zur Kernaufgabe erhebt, CO_2-Emissionen zu reduzieren. Das wollen wir auf folgende Art und Weise erreichen: wir wollen eine zentrale Steuerungsgruppe in der für Umwelt und Klimaschutz zuständigen Senatsverwaltung (Sen UVK) einrichten, die die Gesamtstrategie koordiniert. In jeder Senatsverwaltung soll es Klimaschutzreferent*innen und -verantwortlichen geben, die die Reduzierung der CO_2-Emissionen bis 2030 im eigenen Haus sicherstellen.

- In jedem Bezirk sollen Klimaschutzbeauftragten eingestellt werden. Sie tragen die Verantwortung für die Umsetzung der Gesamtstrategie im jeweiligen Bezirk. Zu ihrer Unterstützung werden Klimaschutzreferent*innen und -verantwortliche in den jeweiligen bezirklichen Abteilungen und Ämtern benannt. Um den Erfolg der Gesamtstrategie zu garantieren, muss die dafür notwendige Personal- und Finanzausstattung bereitgestellt werden. Die Klimaschutzbeauftragten, -Referent*innen und -verantwortlichen der Bezirke treffen sich auf Einladung der zentralen Steuerungsgruppe zum überbezirklichen Austausch.

- Die für Umwelt und Klimaschutz sowie die für Finanzen zuständigen Senatsverwaltungen (SenUVK und SenFIN) sollen sich mit dem Berliner Immobilienmanagement koordinieren und für die Erreichung der CO_2-Emissionsreduzierungsziele eine gemeinsame Strategie erarbeiten. Insbesondere die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands muss mit mehr Personal und Mitteln ausgestattet werden.

Um den Erfolg der Gesamtstrategie sicherzustellen, wollen wir:

- Einen Verwaltungsprozess schaffen, der die Umsetzung des Maßnahmenplans bis 2030 durch konkrete und überprüfbare Ziele sicherstellt. Das wollen wir erreichen, indem erstens, eine Bestandsaufnahme der bisherigen CO_2-Emissionen durch einfache Einschätzungen auf allen Verwaltungsebenen durchgeführt wird. Zweitens, anhand der Bestandsaufnahme, setzen sich die jeweiligen Verwaltungen und Ämter quantifizierte Ziele, die zu einer jährlichen CO_2-Emissionsreduzierung führen. Die jährlichen Ziele aller Verwaltungen und Ämter sollen von der Steuerungsgruppe in einem Gesamtfahrplan gebündelt werden.

Der Gesamtfahrplan dient als Grundlage für die regelmäßige Überprüfung der Zielerreichung und die jährliche Aufstellung des Monitoringberichts.

- Einen Wissenstransferprozess schaffen, damit Bezirke und Verwaltungen voneinander lernen können. Dieser Prozess wird von der zentralen Steuerungsgruppe gesteuert. Die Verwaltungsakademie Berlin soll die Klimaschutzbeauftragten, -referent*innen und -verantwortlichen auf Landes- und Bezirksebene im Bereich der CO_2-Neutralität weiterbilden und dafür erfolgreiche Umsetzungskonzepte vermitteln.
- Die Gesamtstrategie kann durch eine neue Finanzsystematik unterstützen werden, die sie sich zum Ziel setzt, positive Anreize für die Erreichung der CO_2-Neutralität zu schaffen.
- Eine auf den Sustainable Development Goals (SDGs) basierte Methodik zur Kompensation von nicht vermeidbaren Emissionen muss bereits deutlich vor 2030 erarbeitet und implementiert werden.

Begründung

Das Berliner Energiewendegesetz (EWG Bln) sieht vor, dass die Berliner Verwaltung eine Vorbildfunktion im Klimaschutz übernimmt und bis 2030 CO_2-Neutral wird. Um dieses Ziel zu erreichen wurde 2019 der Maßnahmenplan "CO_2-Neutrale Verwaltung" vom Berliner Senat beschlossen, der sowohl für Senats- als auch für Bezirksverwaltungen bindend ist und ggf. auch durch nachgeordnete Behörden umgesetzt werden kann. Der Maßnahmenplan wurde unter breiter Beteiligung der Beschäftigten des Landes Berlin erarbeitet. Er enthält einen Katalog von dreißig Maßnahmen, welche durch die einzelnen Behörden umgesetzt werden sollen. Für ihre Umsetzung ist jede Verwaltung verantwortlich. Die für Klimaschutz zuständige Senatsverwaltung (SenUVK) übernimmt die Steuerung des Maßnahmenplans, und jede Senats- und Bezirksverwaltung soll eine konkrete Person benennen, die das Thema „CO_2-neutrale Verwaltung" zentral koordiniert.

Wir begrüßen ausdrücklich den Maßnahmenplan "CO_2-Neutrale Verwaltung", doch fehlt es bisher an konkreten Zielen, Umsetzungsfahrplänen, Mitteln und Personal des Landes Berlin, damit dieser tatsächlich umgesetzt wird. Wesentliche Aspekte, wie z.B. die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, sind nicht Bestandteil des Maßnahmenkatalogs, welche daher das größte Reduktionspotenzial verspricht. Wichtige Punkte, wie die Methodik der Kompensation nicht vermeidbarer Emissionen, sind noch zu erarbeiten. Damit ist der Maßnahmenplan ein wichtiger Schritt, dennoch nicht ausreichend, um die Berliner Verwaltung schnell und konsequent bis 2030 zur CO_2-Neutralität zu bringen.

Die 120.000 Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung brauchen einen klaren ökologischen Auftrag mit konkreten und quantifizierbaren Zielen für die Erreichung der CO_2-Neutralität bis 2030. Diese Ziele müssen nachprüfbar und nachsteuerbar sein. Auch die Zuständigkeitsverteilung und die Verwaltungsstrukturen sind derzeit dafür nicht ausreichend definiert worden. Der Wissenstransfer zwischen Landes- und Bezirksebenen ist ebenfalls nicht genügend abgesichert worden, sodass die Bezirke mit sehr unterschiedlichem Wissensstand und Fachkenntnissen in diesen Prozess involviert werden. Wir wollen einen gleichen Wissensstand der Bezirke schnellstmöglich erreichen damit sie mit den gleichen Ausgangsbedingungen in diesen Prozess einsteigen.

Das Ziel der CO_2-Neutralität soll die gesamte Verwaltungsstruktur einbeziehen und allen Behörden gleichermaßen betreffen. Die Umwelt-, Energie-, Biodiversität-, Klimaschutz- sowie die

CO_2-Reduzierungsstrategien sollen stets zusammengedacht werden. Aus all diesen Gründen wollen wir eine Gesamtstrategie für eine grüne Verwaltung erarbeiten, welche das Erreichen der CO_2-Neutralität sicherstellt und die verschiedenen Strategien bündeln soll.

Unterstützer*innen

Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Cornelia Hagemann (KV Berlin-Mitte); Stefanie Remlinger (KV Berlin-Pankow); Florian Maaß (KV Berlin-Mitte); Laura Kroschewski (KV Berlin-Mitte); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Roman Brunnemann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Lukas Ulrich (KV Berlin-Mitte); Tilo Siewer (KV Berlin-Mitte); Jakob Jordan (KV Berlin-Mitte); Bern Schepke (KV Berlin-Mitte); Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte); Gustav Kenn (KV Berlin-Mitte); Christoph Westendorf (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Martin Krause (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jörg Schwensen (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)